

Ganz klar grün – Motor für Erneuerbares

Positionspapier für die Koalitionsverhandlungen mit der SPD

Die Wahlen zur Bremischen Bürgerschaft 2015 liegen hinter uns, eine mögliche Koalition mit der SPD vor uns Grünen. Unser Wahlergebnis stellt uns überhaupt nicht zufrieden. Wir müssen unsere Lehren daraus ziehen. Wir müssen unser Profil schärfen und unsere Erfolge besser kommunizieren. Die Wahlbeteiligung ist erschütternd. Wir empfinden das als gelbe Karte für die Politik. Wir befürworten eine wirksame parteiübergreifende Initiative, um dies deutlich zu verbessern. Wir wollen daher in Zukunft eine Politik machen, mit der wir die BremerhavenerInnen und BremerInnen wieder besser erreichen, und ein ganz klar grünes Profil zeigen. Dabei müssen und können wir besser werden.

Wir müssen niemandem mehr erklären, dass unsere Zukunft in den erneuerbaren Energien liegt. Aber wir müssen der Motor der Bewegung in Bremen und Bremerhaven bleiben. Wir müssen fast niemandem mehr erklären, dass der sorgsame Umgang mit der Umwelt und den Ressourcen vorrangig für unsere Zukunft ist. Es braucht aber uns als Motor, um dabei nicht nachzulassen. Wir müssen niemanden mehr erklären, dass Frauen gerechten Lohn bekommen sollen. Aber wir müssen der Motor dieser Bewegung bleiben. Wir stehen in besonderem Maße für eine zukunftsgerichtete Politik. Deswegen wollen wir die Politik in Bremen auch in der Zukunft mitgestalten. Die folgenden Schwerpunkte sind uns dabei wichtig:

1. Mit Klimaschutz und ökologischen Innovationen mehr Wirtschaftskraft
2. Grüner Umbau einer wachsenden Stadt
3. Bildung und Wissen(schaft) - Schlüssel zur Zukunft
4. Sozial gerechte Stadtgesellschaft
5. Modernisierungsoffensive für die Verwaltung
6. Bremen auf Sanierungskurs halten

1. Mit Klimaschutz und ökologischen Innovationen mehr Wirtschaftskraft

Wir setzen einen Schwerpunkt auf die Verbesserung der Energie- und Ressourceneffizienz in der Wirtschaft. Denn in einem sparsamen Umgang mit Rohstoffen und Energie liegen erhebliche Chancen für die Unternehmen und für den Klimaschutz. Durch effiziente Produktionsverfahren können Industrieunternehmen ihre Kosten reduzieren und damit ihre Wettbewerbsfähigkeit deutlich verbessern. Wir sind überzeugt: Klimaschutz und Energiewende sind eine große Chance für Unternehmen.

Die Offshore-Windenergie ist ein unverzichtbarer Bestandteil der Energiewende. Windkraft-technologien sind für Bremerhaven ein wichtiges Standbein seiner Wirtschaftskraft. Dieser Bereich soll durch weitere Umwelttechnologien erweitert werden. Die Planungen für das Offshore-Terminal werden wir unter Berücksichtigung der veränderten Rahmenbedingungen überprüfen.

Investitionen Bremens in die energetischen Sanierung und die Energieeinsparung sichern Arbeitsplätze im lokalen Handwerk. Deshalb werden wir die Wertgrenzen für die Vergabe anheben. Ökologische Kriterien sind bei der Vergabe zu berücksichtigen.

Das Klima- und Energieprogramm 2020 muss fortgeschrieben, das Klimaschutzgesetz mit Leben gefüllt werden. Dabei sind Wege und Maßnahmen zu entwickeln und zu beschließen, wie das CO₂-Ziel von -40% bis zum Jahr 2020 erreicht werden kann. Ein besonderer Schwerpunkt muss dabei auf dem Thema „Klimaschutz in Unternehmen“ liegen. Zusammen mit der Bremer Wirtschaft wollen wir die Elektromobilität fördern.

2. Grüner Umbau einer wachsenden Stadt

Der Klimawandel ist - auch in Bremen - angekommen und bereits spürbar. Künftig werden mehr extreme Starkregen auftreten, aber auch mit zunehmenden Trocken- und Hitzeperioden im Sommer ist zu rechnen - mit jeweils erheblichen Folgen für die Gesundheit, für Verkehr, Wirtschaft und Gebäude und auch für die Umwelt in der Stadt. Wir sind gegen die Weservertiefung, da sie zu Hochwasserrisiken und negativen Folgen für die Uferbereiche an Lesum und Wümme führen. Wir wollen mit einer vorsorgenden Klimaanpassung in der Stadtentwicklungs-, Bau- und Verkehrspolitik/-planung kostenintensive Schäden von morgen verhindern oder reduzieren. Denn wir bauen heute die Stadt von morgen.

Wir wollen große Hindernisse eines Zusammenwachsens der Stadtentwicklung mindern oder beseitigen. Dazu zählt eine ganzheitliche Planung Bahnhofsvorstadt von Rembertikreisel bis zum neu zu gestaltenden Zentralomnibusbahnhof (ZOB). Bei einer Neugestaltung des ZOB am Standort des alten Güterbahnhofs muss ein intensiver Dialog mit den bestehenden kulturellen und freien Institutionen und Initiativen gesucht werden und ihnen ggf. ein adäquater Ersatz angeboten werden. Die Übergänge zwischen der inneren Stadt und den Stadtteilen sind zu stärken. Barrieren wie Domsheide oder die Bahnunterführungen müssen minimiert werden.

Bremen verzeichnet einen gestiegenen Zuzug von NeubremerInnen. Um dieser Herausforderung gerecht zu werden, schlagen wir ein zusätzliches Wohnungsbauprogramm vor, das flexible Nutzungen, z.B. als Wohnraum Flüchtlinge, für Studierende und Auszubildende ermöglicht. Wir wollen mindestens 1600 Wohnungen pro Jahr neu bauen. Gut 40 ausreichende Flächen zur Innenverdichtung der Stadt sind bereits identifiziert. Die Osterholzer Feldmark und das Überschwemmungsgebiet Brokhuchting werden hierfür nicht benötigt. Die GEWOBA soll bei dem Wohnungsbauprogramm mit ihrer Wohnungsbaukompetenz eine noch wichtigere Rolle als bisher spielen. Als weitere Flächen für Wohnungsbau wollen wir unter anderem das Brinkmanngelände und den Hohentorshafen in Woltmershausen entwickeln. Trotz großem Wohnungsbedarfs stehen potenzielle Wohnräume auch in gewachsenen Stadtbezirken leer. Diese Potenziale wollen wir mit geeigneten Instrumenten und verstärkter Ansprache der Eigentümer verfügbar machen.

Grünflächen sind wichtig für Lebensqualität in der Stadt aber auch als Vorsorge gegen den Klimawandel. Die Sicherung, Pflege, Weiterentwicklung und Vermittlung von Umweltbildung ist zu gewährleisten.

Der Umweltbetrieb ist finanziell und personell besser aufzustellen. Die öffentliche Verwaltung und staatliche Gebäude sollen als Beispiel für den ökologischen Stadtumbau eine Vorbildfunktion übernehmen (Mobilität, Gründach- und Fassadenbegrünungsprogramm, Solardachprogramm, Vergabe auch nach ökologischen Kriterien und Lebenszyklusbetrachtung).

In Bremen-Nord wollen wir einen Schwerpunkt auf die Entwicklung in Blumenthal setzen. Nach einer Zukunftswerkstatt werden die dort entwickelten Ideen umgesetzt und Mittel aus den Programmen WiN und Soziale Stadt eingesetzt.

Wir wollen, dass mehr Menschen in Bremen zu Fuß gehen, mit dem Fahrrad fahren, den ÖPNV nutzen – auch auf dem Wasserweg – und sich barrierefrei fortbewegen können. Projekte des Verkehrsentwicklungsplans 2025, die diesem Ziel dienen, wollen wir zuerst in Angriff nehmen. Wir halten unser Versprechen ein, neue Straßenbahnen anzuschaffen. Für die Straßenbahnneubeschaffung soll die wirtschaftlichste Lösung gewählt werden.

Weniger Lärm bedeutet mehr Lebensqualität! Mit einem Programm „Leise Stadt“ setzen wir uns für Lärmschutzwände, Flüsterasphalt und Lärmschutzfenster ein. Auch für den Alltagslärm wollen wir sensibilisieren und diesen durch Vermeidung (z. B. Tempolimits), städtebauliche Maßnahmen und durch Pflanzen reduzieren.

Auf Bremens Straßen verunglücken zu viele Menschen. Mit einem ressortübergreifenden Schwerpunkt Verkehrssicherheit setzen wir uns verbindliche Ziele, diese Zahl zu senken. Wir wollen in der Umgebung von Schulen und Kindergärten Tempo 30.

Damit in Bremen ein einheitlicher und verbesserter Standard bei der Straßenreinigung gewährleistet ist, wollen wir eine Straßenreinigungsgebühr einführen.

3. Bildung und Wissen(schaft) - Schlüssel zur Zukunft

Wir Grünen wollen in Bremen und Bremerhaven weitere Schulen zu Ganztagsschulen ausbauen. Wo Ganztagsschule drauf steht, muss aber auch Ganztagsschule drin sein: Das bedeutet, dass wir gebundene Ganztagsschulen favorisieren.

Der Unterrichtsausfall wurde viel zu lange nicht erkannt und bekämpft. Wir Grünen wollen mit zusätzlichem Personal und flexibleren Möglichkeiten für die Schulen diesem Missstand begegnen. Eine Zuweisungsrichtlinie soll die Ungerechtigkeiten zwischen einzelnen Schulen beenden und für Transparenz sorgen. Die Zuweisungsrichtlinie soll schnellstmöglich in Kraft treten.

Der Grüne Wunsch nach mehr Autonomie für die Schulen wurde bisher immer blockiert. Wir wollen eigenständige Schulen mit einem eigenen Budget und mehr Personalverantwortung. Wir wollen den viel beachteten Bremer Bildungskonsens nach einer Evaluation neu verabreden und die Wirksamkeit von Bildungsinvestitionen monitoren.

Kindergärten sind keine „Mini-Schulen“, aber sie müssen enger mit den Grundschulen verzahnt werden. Nur so können unsere Kinder frühzeitig unterstützt werden.

Ausbildung und Forschung sind grundlegend damit Bremen und die Region Anschluss an die dynamische Entwicklung von Wissenschaft, Technik und Gesellschaft halten. In Bremen studieren 35 000 junge Menschen. Nach dem Studium verlassen viele von Ihnen unsere Stadt wieder. Das wollen wir ändern. Bremen braucht das Wissen, die Tatkraft und die Zukunftsträume dieser gut ausgebildeten Jahrgänge. Wir werden alles dafür tun, dass geeignete Arbeitsplätze entstehen, Gründungszentren eröffnet werden und Wohnungen in den geeigneten Stadtteilen angeboten werden können. Bremen ist offen und lädt die Studierenden und AbsolventInnen der Hochschulen und Universitäten ein, die Zukunft der Stadt mit zu gestalten. Welche Rolle Bremen in der Wissensgesellschaft der Zukunft spielen kann, wird wesentlich davon abhängen, ob uns dies gelingt. Kreativwirtschaft ist als ein Wachstumsschwerpunkt weiter zu entwickeln. Bremen soll ein bundesweites Zentrum der Kreativwirtschaft mit Existenzgründungsschwerpunkt werden. Dazu gehören neu zu entwickelnde Ausbildungsberufe. Eine enge Kooperation mit den Hochschulen ist zu verbessern, um Existenzgründungen zu ermöglichen.

Die Jugendberufsagentur mit der damit verbundenen Ausbildungsgarantie soll dafür sorgen, dass niemand zurückgelassen wird und der lokalen Wirtschaft ausreichend Fachkräfte zur Verfügung stehen.

4. Sozial gerechte Stadtgesellschaft

Bei der Armutsbekämpfung heißen die Schlüsselworte Bildung, berufliche Aus- und Weiterbildung, familiengerechte Arbeitszeitmodelle und qualifizierte Arbeit. Wir werden den Kita-Ausbau wie geplant fortsetzen (2100 zusätzliche Kitaplätze). Wir wollen die Ganztagsbetreuung ausbauen und ein sogenanntes „Kinder-Haus“ mit einer 24-Stunden-Betreuung für Kinder von SchichtarbeiterInnen realisieren.

Bremen hat eine vorbildliche Willkommenskultur, die sich daran zeigt, dass wir Flüchtlinge besonders unterstützten, eine eigene Wohnung zu finden und eine Ausbildung zu absolvieren. Außerdem wollen wir sicherstellen, dass in Zukunft die Anerkennung von beruflichen Abschlüssen z. B. mit einem Stipendienprogramm verbessert wird.

Alleinerziehende brauchen besondere Unterstützung. Dem tragen wir sowohl bei der Kinderbetreuung als auch im Bereich des sozialen Arbeitsmarkts Rechnung. Wir wollen das Betreuungsverhältnis Arbeitsvermittler – Arbeitssuchende verbessern.

5. Modernisierungsoffensive in der Verwaltung

Für Bürgerinnen und Bürger sind das Stadtamt, die Wohngeldstelle, das Job-Center, das Finanzamt, der Bremer Umweltbetrieb und das Bauamt die Behörden, in denen sie den Staat erleben. Deshalb steht eine hohe Dienstleistungsqualität und NutzerInnenfreundlichkeit für uns im Mittelpunkt. Wir werden unter Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern einen Beirat für nutzerfreundliche Verwaltung gründen und mit ihm die Struktur und Arbeitsweise der Behörden mit direktem Kundenkontakt untersuchen und Verbesserungsvorschläge machen. Dazu werden Widersprüche, Gerichtsurteile und die Kontakte zu den Bürgerbeauftragten

ausgewertet.

6. *Bremen auf Sanierungskurs halten*

Grüne stehen für eine solide, soziale und generationengerechte Finanzpolitik. Derzeit zahlt das Land Bremen etwa 600 Millionen Euro im Jahr allein für Zinsen. Dieses Geld bekommen Banken. Das ist nicht nachhaltig. Viel lieber würden wir damit wichtigere Dinge in Bremen und Bremerhaven auf die Beine stellen. Wir wollen, dass zukünftige Generationen wieder mehr finanziellen Spielraum bekommen.

Trotz knapper Ressourcen setzen wir inhaltliche politische Schwerpunkte und werden das auch in Zukunft tun. Als Beispiele seien der Ausbau von KiTas und Ganztagschulen genannt, die weiteren Einstellungen von LehrerInnen und PolizistInnen, die menschenwürdige Unterbringung von Flüchtlingen und Unterstützung bei ihrer Integration in die Gesellschaft.

Wir halten den mit Bund und Ländern geschlossenen Sanierungsvertrag nun schon seit 2010 ein. Dafür haben wir jeweils 300 Millionen Euro Konsolidierungshilfe erhalten. Schritt für Schritt verringern wir das jährliche Defizit bis auf null im Jahr 2020.

Ein sparsamer Umgang mit der begrenzten Ressource Geld entspricht der urgrünen Idee der Nachhaltigkeit: Deshalb ist die Einhaltung des Konsolidierungsweges bis 2020 für das Land Bremen existenziell notwendig. Ab 2020 gilt laut Grundgesetz und Bremer Landesverfassung die Schuldenbremse.

Durch eine ständige Aufgabenkritik, Verwaltungsmodernisierung, Bündelung von Aufgaben und länderübergreifende Kooperationen wollen wir die Bremer Verwaltung effizienter und kostensenkend organisieren. Neben den notwendigen Eigenanstrengungen setzen wir uns bei den Verhandlungen über die Bund-Länder-Finanzbeziehungen für eine Lösung für die Altschulden sowie eine ausreichende Finanzausstattung der Stadtstaaten ein.